

Indessen bleiben diese neuen Kontakte anglikanischer und römisch-katholischer Bischöfe nicht auf England beschränkt. Aus Adelaide, Australien, wird gemeldet, daß der ehemalige Erzbischof von Canterbury, Dr. Geoffrey Fisher, berühmt geworden durch seinen mutigen Besuch im Vatikan bei Papst Johannes XXIII. im Dezember 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 163 ff.), zusammen mit dem residierenden anglikanischen Bischof von Adelaide, T. T. Reed, an dem liturgischen Empfang teilnahm, der dem vom Konzil heimgekehrten römisch-katholischen Erzbischof Matthew Beovich in der Franz-Xaver-Kathedrale bereitet wurde. Erzbischof Beovich erinnerte bei dieser Gelegenheit in seiner Dankesrede an den ersten Besuch eines anglikanischen Primas seit 400 Jahren beim Papst und fügte hinzu: „Zweifellos wird eine Frucht des Konzils die höchst bedeutsame Frage der Einheit betreffen“ (NCWC News Service, 27. 1. 64). Bekanntlich war während der Debatte über das Ökumenismusschema auch die Frage einer Überprüfung der negativen Entscheidung Papst Leos XIII. über die anglikanischen Weihen

vorgeschlagen worden. Übrigens hatte Erzbischof Fisher unter dem Eindruck der Ersten Session des Vatikanischen Konzils zum Leidwesen vieler ökumenischer Führer ange-regt, den Weltrat der Kirchen aufzulösen und eine neue Gemeinschaft an seine Stelle zu setzen, der auch Rom an-gehören könne.

Die hier berichteten Kontakte haben natürlich auch eine ekklesiologische Tragweite. In der Kritik der Konzilsbeobachter und manches Konzilsvaters am Ökumenismusschema spielte eine große Rolle die Forderung, man solle auch die aus der Reformation hervorgegangenen christlichen Gemeinschaften als „Kirchen“ anerkennen. Es ist nicht leicht, einer solchen Forderung durch theologische Formulierungen zu entsprechen. Soweit sie möglich sind und in dem revidierten Schema erscheinen, werden sie jedenfalls durch derartige Begegnungen römisch-katholischer Autoritäten mit anglikanischen Bischöfen praktisch vorweggenommen, denn sie implizieren doch wohl eine De-facto-Anerkennung als „Kirchen“. Das sollte man vielleicht nicht übersehen.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Ist die Jugend Mitteldeutschlands kommunistisch?

Während der Vorbereitung und Durchführung des „VII. Parlaments der Freien Deutschen Jugend (FDJ)“, das vom 28. Mai bis 1. Juni 1963 in der Ost-Berliner Dynamo-Sporthalle stattfand, analysierte die FDJ-Führung u. a. auch die Ergebnisse der kommunistischen Jugenderziehung in den letzten Jahren. Zwar würdigten die offiziellen Partei- und FDJ-Sprecher in schönen Sätzen das „hohe sozialistische Bewußtsein und die gigantischen Anstrengungen der Jugend beim umfassenden Aufbau des Sozialismus“, aber sie mußten andererseits auch eingestehen, daß ihre Erziehungsarbeit auf diesem Sektor bei weitem nicht die Ziele erreicht hat, die man sich gesteckt hatte.

Die Vorbereitungsarbeit für das VII. Parlament der FDJ, in deren Rahmen überall Gruppenversammlungen sowie Kreis- und Bezirksdelegierten-Konferenzen durchgeführt und die Leitungen neu gewählt wurden, war im Gegensatz zu früheren Wahlkampagnen durch größere Freimütigkeit gekennzeichnet. Es gab nicht selten heiße Diskussionen. Mit harten Worten wurden von der Verbandsführung in aller Offenheit Mißstände angeprangert. Auch die Jugendlichen scheuten nicht vorsichtige Kritik. Sogar der Zentralrat der FDJ versuchte in seinen publizistischen Organen eine Aussprache über einige „heiße Eisen“ in Gang zu bringen.

In den verschiedenen Blättern der FDJ kam zum Ausdruck, daß die von Schule und Jugendorganisation geleistete politische Erziehungsarbeit mit untauglichen Mitteln betrieben wird und nur geringe Auswirkungen auf die Bewußtseinsentwicklung der Jugendlichen hat. Es wurde zugegeben, daß das oftmals noch bürgerliche Elternhaus sowie der Westen einen stärkeren Einfluß ausüben und daß insbesondere von Oberschülern und Studenten „sozialistisches Bewußtsein“ nur geheuchelt wird, um beruflich besser voranzukommen. Ein beträchtlicher Teil der Jugend wird als politisch passiv und desinteressiert eingeschätzt.

Es ist bezeichnend, daß im wesentlichen genau die gleichen Hauptmängel wieder zutage traten, die bereits Anfang 1961 in einem Politbüro-Beschluß der SED angesprochen wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 366 ff. und S. 503 ff.). Die mitteldeutsche Studentenzeitschrift „forum“ versuchte unter der Überschrift „Wer garantiert für geleistete Erziehungsarbeit?“ (Nr. 8, 1963) zur vor-jährigen Schulentlassung in einem relativ offeneren Beitrag zu ermitteln, mit welchem Bewußtsein die Jugendlichen die Schule verlassen. Eine Umfrage bei Schuldirektoren und Lehrern ergab, daß sich keiner unter den Lehrkräften fand, der für die Resultate der politischen Erziehungsarbeit garantieren wollte. Bei dieser Befragung kamen u. a. folgende Meinungen zum Ausdruck:

„Natürlich werden nicht alle überzeugte Sozialisten. Es gibt noch viele Einflüsse, die außerhalb der Schule auf die Schüler einwirken... Ich glaube nicht, daß jemand bereit sein wird, die volle Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich kann nur sagen, daß ich in diesem Jahr mein möglichstes getan habe. Aber es gab noch andere Einflüsse. Denken wir nur an den westlichen Rundfunk... Es ist schwer dagegen etwas zu tun. Man könnte sich an die Eltern wenden, aber in solchen Fällen hören die Eltern selbst Westsender.“

Das „forum“ ließ jedoch diese Entschuldigungen nicht gelten, sondern fand heraus, daß die Erzieher in der Regel kaum etwas über die privaten Verhältnisse der Schüler wußten und politische Auseinandersetzungen häufig scheuten.

Skeptische Jugend

In einem Interview „Schluß, wenn's klingelt?“ veröffentlichte die der SED nahestehende „Berliner Zeitung“ (25. 7. 63) u. a. folgenden Standpunkt des Schülers Manfred Niesel:

„Was uns die Schule in den vergangenen zehn Jahren lehrte, stimmte oft nicht mit der Wirklichkeit überein. Deshalb passe ich mich den Umständen an.“ Der Reporter der „Berliner Zeitung“: „Wenn wir dich richtig verstehen, dann willst du zum Beispiel eventuelle Schwierigkeiten in deinem späteren Betrieb kritiklos hinnehmen?“ Manfred: „Ja, schließlich weiß ich nicht, ob all das, was wir bisher über den Sozialismus hörten, auch bei uns erreichbar ist.“ Ein anderer Schüler: „Ob wir später

immer für die in der Schule gelernte Theorie des Sozialismus eintreten, wird sich noch herausstellen.“

Dieser Skeptizismus der Jugend ist bemerkenswert. Ulbricht forderte auf dem VII. Parlament der FDJ eine noch stärkere Durchdringung des Unterrichts mit kommunistischer Ideologie und die Ausschaltung aller hemmenden Einflüsse. Er bemerkte u. a.:

„Ich bin der Ansicht, daß es unzulässig ist, eine solche Lücke in der politisch-moralischen Erziehung unserer jungen Menschen zu tüchtigen Staatsbürgern und Fachleuten zuzulassen. ... Wie viele Lehrer und wie viele FDJ-Funktionäre in den Schulen wissen nicht, was die Schüler außerhalb des Unterrichts tun, unter welchen Verhältnissen sie leben, welches ihre besonderen Interessengebiete sind und welchen Einfluß die Eltern oder andere Personen ausüben“ (vgl. „Neues Deutschland“, 31. 5. 63, S. 5).

Ulbricht verlangte erneut, daß der Unterricht an den Schulen „lebensnah“ gestaltet werde. Angesichts der abstoßenden Wirklichkeit kommen die Pädagogen — wenn sie nicht anecken wollen — aber nicht umhin, ständig Illusionen über das sozialistische Ideal zu nähren. Sie sollen der Jugend die „herrliche Perspektive“ des Sozialismus vorgaukeln und werden so genötigt, von der traurigen Wirklichkeit, für die sie selbst oft keine Erklärung finden, abzulenken. Ulbricht bemerkte dazu:

„Worin besteht ein Fehler im Unterricht in den allgemeinbildenden Oberschulen und oft auch in den Fachschulen, ja sogar an Hochschulen? Ein Fehler besteht darin, daß über den Idealzustand der sozialistischen Produktion gesprochen wird, aber nicht dargelegt wird, wie im Leben, in der gegenwärtigen Zeit der Kampf um die Durchsetzung des ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, um die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus geführt werden muß. Daher kommt es, daß viele Schüler schon beim polytechnischen Unterricht in den Zehn-Klassen-Schulen einen Unterschied zwischen der Lehre und dem praktischen Leben finden“ (vgl. „Neues Deutschland“, 31. 5. 63, S. 5).

Allgemein wird eingestanden, daß politische Heuchelei eine weitverbreitete Handlungsweise der Jugendlichen ist. Auf dem VII. Parlament der FDJ stellte der 1. Sekretär des Zentralrats, Horst Schumann, u. a. folgendes fest:

„Man darf sich nicht wie mancher Funktionär oder Lehrer damit zufriedengeben, daß ein junger Mensch folgsam das nachbetet, was man ihm vorerzählt hat, während in seinem Kopf ganz andere Gedanken wohnen. Solche Jugendliche, die gewissermaßen ‚zwei Seelen in ihrer Brust‘ tragen, findet man besonders unter einem Teil der Oberschüler“ (vgl. „Neues Deutschland“, 29. 5. 63, S. 3).

In dem Beitrag „Nur Vorbilder in die FDJ aufnehmen?“ wird in der Funktionärzeitschrift der FDJ „Junge Generation“ (Nr. 4, 1963, S. 10) bemerkt:

„Die meisten Schüler sind der Ansicht, daß es zu einem Oberschüler gehört, Mitglied der FDJ zu sein. Als Nichtmitglied könne man schief angesehen werden.“

In der gleichen Nummer der „Jungen Generation“ wird (S. 18/19) ein Auszug aus einem Artikel der Betriebszeitung der Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow abgedruckt:

„Es gibt in unserem Werk noch FDJ-Mitglieder, die nicht mehr mitarbeiten möchten oder gar den Antrag auf Austritt aus unserem Verband stellen. Es sollen hier nur zwei genannt werden — der Werkzeugmacher Herrmann Walter und aus der Meßgerätefabrik Heide Lore Kusch. Beide haben eines gemeinsam — sie sind seit Februar Facharbeiter. Sie haben also erst vor kurzem unsere BBS [Betriebs-Berufs-Schule] verlassen ... Es ist eine Tatsache, daß Lehrer und Lehrmeister in der guten Absicht, den Jugendverband zu unterstützen, die Werbung für die FDJ gefördert haben. Dabei haben sie aber zu wenig überlegt, was an sich ein Pädagoge tun mußte: Kommt der Junge

oder das Mädchen aus ehrlichem Herzen zum Jugendverband, oder mißbrauche ich vielmehr meine Autorität als Lehrer, um einen indirekten Druck auf den Jugendlichen auszuüben ... Vor einigen Tagen sprachen wir in der Meßgerätefabrik mit zwei Mädchen, die jetzt ebenfalls ausgebildet haben. Wir fragten sie, ob sie jetzt alles hinter sich haben oder weiterstudieren bzw. sich weiterqualifizieren wollen. Sie verneinten. Etwas scherzhaft fragten wir weiter, ob sie etwa einen reichen Mann heiraten und dann gar nicht mehr arbeiten möchten. Prompt kam von beiden die Antwort: Wir wissen schon, was wir jetzt zu sagen haben. Wir waren ganz verblüfft. Eure eigene, eure ganz persönliche Meinung möchten wir hören, weiter nichts. Darauf meinten sie wiederum: Natürlich spielen wir dann den Überzeugten, das haben wir gelernt. — Wie gesagt, diese beiden Mädchen waren zweieinhalb Jahre an unserer BBS, und bei aller Schuld anderer haben wir an dieser Einstellung unser gerütteltes Maß Schuld.“

In zahlreichen FDJ-Versammlungen wurde in der Vorbereitungskampagne zum VII. Parlament versucht, die Heuchelei unter den Jugendlichen anzuprangern und zu einem ehrlichen Verhältnis gegenüber der Partei und der FDJ zu erziehen. Bei dieser Auseinandersetzung trat die erhebliche Diskrepanz zwischen dem im Staatsbürgerkundeunterricht erworbenen und wiedergegebenen Wissen und dem vom Schüler außerhalb des Unterrichts gezeigten politischen Verhalten deutlich in Erscheinung. Es stellte sich heraus, daß oft gerade die Schüler, die im Staatsbürgerkundeunterricht „sehr gut“ waren, außerhalb der Schule sich „staatsfeindlich“ verhielten.

Ein Lehrer der Kant-Oberschule berichtete vor der FDJ-Bezirksdelegierten-Konferenz in Ost-Berlin:

„Bei einem Schüler gab es z. B. sehr verworrene Ansichten über die Wiedervereinigung. Erst nachdem ich ihn direkt gefragt habe, was er über die Lösung der nationalen Frage in Deutschland weiß, hat er alles erzählt — aber genauso, wie ich es den Schülern im Staatsbürgerkundeunterricht dargelegt habe, und das fast wörtlich. Er hat mir auf die Frage so geantwortet, wie er meinte, daß ich es hören wollte“ (vgl. „Junge Welt“, 10. 5. 63).

Bezeichnend ist auch, daß vielfach gerade im Staatsbürgerkundeunterricht die Schüler ihren Lehrern peinliche Fragen stellen. Als eine Lehrerin in ihrer Klasse über den Wert des polytechnischen Unterrichts sprach, wurde sie von den Schülern gefragt:

„Frau Dau, ich denke, in der DDR ist Kinderarbeit verboten? Im Kapitalismus wurden die Kinder wenigstens bezahlt, wenn sie in der Fabrik gearbeitet haben!“ (zitiert aus „Die Welt“, 15. 7. 63, S. 2).

Einige Jugendliche stellen mitunter auch direkt „provokatorische“ Fragen. Ein drastisches Beispiel ist folgender Vorfall, der sich auf einem Jugendforum in Camburg zugetragen hat. In dieser Veranstaltung wurde gefragt:

„Wo steht der Deutsche Freiheitssender 904? — Bringt er nicht dieselben Schlagertexte wie Radio Luxemburg? Warum sollen wir Luxemburg nicht hören? — Luxemburg ist doch ‚legal‘ und 904 nicht?“ (vgl. „Volkswacht“ [SED-Bezirkszeitung], Kreisausgabe Jena-Land, 6. 4. 61).

Wenig erfreulich war für die SED-Führung auch folgendes Ergebnis einer Untersuchung des Ministeriums für Volksbildung über den Leistungsstand der Schüler in den Fächern Geschichte und Staatsbürgerkunde im Kreis Burg:

„...Welch starken Einfluß die Art und Weise der unterrichtlichen Behandlung politischer Ereignisse und die Argumentation des Lehrers auf das Urteil und die innere Teilnahme der Schüler ausüben, zeigte sich auffallend in den Antworten der Schüler auf die Frage nach den Ereignissen des 13. August 1961 in Berlin. Alle Schüler wußten, daß am 13. August 1961 die Grenzen geschlossen wurden. Die Begründungen dafür waren aber in einigen Klassen schwach oder plakathaft, ohne große innere Teilnahme. In anderen Klassen gab es einzelne gute und

richtige Argumente, die aber nicht weiter ausgeführt wurden... In allen Klassen dominierte aber der Begriff „Mauer“ an Stelle des einzigen klassenmäßig richtigen Begriffs ‚antifaschistischer Schutzwall‘ oder zumindest ‚Schutzwall...‘ (aus: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Herausgeber: Volk und Wissen, Volkseigener Verlag, Ost-Berlin, Heft 9, 1962).

Am 12. Dezember 1962 veröffentlichte das Zentralorgan der FDJ „Junge Welt“ einen Fragekatalog zum Thema „Hat Dein Leben seinen Sinn?“ Absichtlich wurde schon in der Überschrift die Frage kollektivistisch gestellt (nicht einen, sondern seinen Sinn). Die einzelnen Fragen lauteten:

- „1. Wie gefällt Dir Deine Arbeit? Befriedigt sie Dich oder nicht?
 2. Denkst Du manchmal auch nach Feierabend noch über Deine Arbeit nach, oder willst Du in Deiner Freizeit nichts damit zu tun haben?
 3. Hast Du Dir in Deiner beruflichen Entwicklung etwas vorgenommen, was Du unbedingt erreichen willst? Wenn ja, wie willst Du dieses Ziel erreichen?
 4. Was möchtest Du in den deutschen Geschichtsbüchern des Jahres 2000 über die Taten unserer Generation lesen?
 5. Was hältst Du von der Meinung, daß unsere Zeit die Zeit der nüchtern-sachlichen Rechner ist? Gibt es bei uns keinen Platz mehr für Leidenschaftlichkeit?
 6. Wenn Du in einem Betrieb arbeitest:
 - a) Wenn in Deinem Betrieb die Notwendigkeit bestehen würde, daß Du ab 1. Januar Deinen Arbeitsplatz wechselst, um im Laufe des nächsten Jahres dabei zu helfen, einen Engpaß in der Produktion zu überwinden — wie würdest Du Dich verhalten, und womit würdest Du Dein Verhalten begründen?
 - b) Würdest Du Deinen Arbeitsplatz auch dann wechseln, wenn Du dadurch eine materielle Einbuße hättest? Wenn nein, warum nicht?
- Wenn Du Schüler bist:
Wie verhältst Du Dich, wenn Dir vorgeschlagen wird, einen volkswirtschaftlich wichtigen Beruf zu erlernen, der nicht mit Deinen bisherigen Berufswünschen übereinstimmt?
Wenn Du Student oder Fachschüler bist:
Bist Du bereit, nach Deinem Studium dort eine Arbeit aufzunehmen, wo unser Staat Dich dringend braucht — oder hast Du persönliche Gründe, die Dich daran hindern?
7. Was ist nach Deiner Meinung die Hauptsache am Sozialismus? Was erwartest Du persönlich vom Sozialismus?“

Diese sieben Fragen waren ein Versuch, den Entwicklungsstand des jeweiligen „sozialistischen Bewußtseins“ zu testen. Auch die ersten fünf, relativ harmlosen Fragen geben schon die Möglichkeit, aus den Antworten gewisse Rückschlüsse auf den angestrebten Zweck zu ziehen. Der eigentliche Prüfstein aber ist die Frage 6 mit ihren Unterfragen. Würde sie in einem die Partei befriedigenden Sinne beantwortet, dann wäre damit bewiesen, daß der Betreffende den Höchststand des „sozialistischen Bewußtseins“ bereits erreicht hätte, weil er aus Einsicht in die Notwendigkeit bereit ist, persönliche Opfer im Interesse des sozialistischen Aufbaus hinzunehmen.

Dirigierte Berufswahl

Die Frage der freien Berufswahl ist zu einem der wichtigsten Jugendprobleme in Mitteldeutschland geworden. Gerade hierbei zeigt sich aber, daß viele Jugendliche in einen großen persönlichen Konflikt mit dem kommunistischen Staat geraten und nicht ohne weiteres bereit sind, ihre persönlichen Interessen denen der Partei nachzuordnen. Die Jugendlichen sind weitgehend bestrebt, ihre persönliche Individualität zu wahren und den Beruf zu erlernen, zu dem sie Lust, Neigung und Fähigkeit haben. Praktisch steht heute die freie Berufswahl in Mitteldeutschland nur noch auf dem Papier. Im Rahmen der Volkswirtschaftspläne wird auch die Berufsausbildung nach sogenannten volkswirtschaftlichen Bedürfnissen geplant. Freie Berufs-

wahl gibt es eigentlich nur noch für landwirtschaftliche Berufe, die „Reichsbahn“, die Bauwirtschaft und für die „Volksarmee“.

Im Bezirk Rostock (Küstenbezirk) sah der Plan vor, daß 20 Prozent aller Schulabgänger in der Landwirtschaft arbeiten sollten, aber nur sieben Prozent hatten Lust dazu. Zwölf Prozent der künftigen Lehrlinge sollten in die Bauwirtschaft, aber nur zwei Prozent erklärten sich dazu bereit. Ein Drittel der Mädchen wollte in den Gesundheitsdienst, aber nur wenigen war dieser Berufsweg gestattet. Im mecklenburgischen Kreis Güstrow, einem ausgesprochenen Agrargebiet, begannen am 1. September 1963 528 Jugendliche mit ihrer Lehrausbildung. Obwohl ein Drittel von ihnen eine Lehrstelle in einem landwirtschaftlichen Beruf aufnehmen sollte, lehnten es 497 Schulabgänger ab, in die Landwirtschaft zu gehen. Dagegen bewarben sich 32 Schüler um die vorhandenen acht Lehrstellen als Elektriker, zumeist Kinder von LPG-Bauern.

Am 12. Dezember 1962 veröffentlichte die „Junge Welt“ folgende Zeilen aus dem Brief einer 20jährigen Genossenschaftsbäuerin:

„Ich arbeite auf einer LPG und habe den Feldbau-Facharbeiter-Brief. Meine Arbeit befriedigt mich nicht, und nach Feierabend will ich davon nichts mehr hören. Ich verstehe nicht, weshalb man mit allen Mitteln festgehalten wird. Es hat doch sowieso keinen Zweck, wenn man jeden Tag mit Unlust an die Arbeit geht. Ich bin der Meinung, daß jeder das lernen sollte, wozu er Lust und Liebe hat, denn dann kann man es auch zu etwas bringen.“

Die SED- und FDJ-Führung bemühen sich, einen verstärkten moralischen Druck, verbunden mit administrativen Maßnahmen, auszuüben, um besonders die Landjugend zu zwingen, landwirtschaftliche Berufe zu erlernen. Da heute die meisten Mitglieder ländlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) ein Durchschnittsalter von über 50 Jahren haben, ist die Verjüngung der Arbeitskräfte zu einer Existenzfrage der mitteldeutschen Landwirtschaft geworden. Infolge der praktischen Enteignung haben die meisten Bauernkinder keine feste Bindung mehr an ihre Heimat. Viele Jugendliche sehen nicht ein, warum sie trotz Abitur in landwirtschaftlichen Berufen arbeiten sollen. Einst verurteilten die Kommunisten den Grundsatz: „Wer als Bauer geboren ist, muß sein Leben lang Bauer bleiben.“ Heute praktizieren sie diesen Grundsatz unter dem Motto der kommunistischen Doktrin von der „Freiheit als der Einsicht in die Notwendigkeit“.

In der mitteldeutschen Presse wurde im letzten halben Jahr wiederholt „egoistische“, „bequeme“ Jugendliche und deren Eltern kritisiert, wenn diese keine „Einsicht in die Notwendigkeit“ zeigten. Es wurden Appelle an die „Bauernehre“ gerichtet. Mit „Facharbeiterbriefen“ für Feldbau, Rinder-, Schweine- und Geflügelzucht wird versucht, der Landarbeit mehr berufliches Ansehen zu verschaffen. Da das Niveau der landwirtschaftlichen Berufsausbildung sehr niedrig ist und die Prüfungsanforderungen außerordentlich gering sind, sehen viele Jugendliche in dem „Facharbeiterbrief“ nur ein Papier, das eine nicht vorhandene berufliche Qualifikation vorzutauschen sucht. Auf dem VII. Parlament sagte der 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Horst Schumann, in seinem Referat u. a.:

„Reicht die Anzahl Jugendlicher, die gegenwärtig bei uns in der landwirtschaftlichen Produktion tätig sind, für die Lösung dieser Riesenaufgabe aus? Schlangweg muß man darauf mit ‚Nein‘ antworten. Es gibt etliche Genossenschaften, in denen so

gut wie keine jungen Menschen tätig sind. Wie aber soll das dort weitergehen? Glauben manche unserer Altersgenossen, daß uns eines Tages der Himmel einen Regen beschert, der statt großer Wassertropfen Milch und statt Hagel Bier spendet? Wir müssen vor der jungen Generation unserer Republik offen die Forderung stellen: Schluß mit der Geringschätzung der Arbeit in der Landwirtschaft! ... Als FDJ stellen wir uns die Aufgabe, all den jungen Menschen, die auf dem Lande arbeiten und wohnen, die Arbeit in der Landwirtschaft jedoch gering-schätzig betrachten und sie nicht lieben, die Liebe zum Dorf und zur Mitarbeit in der Landwirtschaft zu vermitteln. Wir stellen uns zur Aufgabe, ihnen die großen gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Dorf, die in den letzten Jahren vor sich gingen, bewußt zu machen und in ihnen das Bedürfnis zu wecken, an ihrer Weiterentwicklung aktiv mitzuwirken“ (vgl. „Neues Deutschland“, 29. 5. 63, S. 3).

Walter Ulbricht bemerkte in seinem ausführlichen „Diskussionsbeitrag“ auf dem VII. Parlament zu dieser Frage:

„Wenn also jemand, wie es eine junge Freundin irgendwo tat, die Frage so stellt, es sei doch besser, in einem Büro an einer Schreibmaschine zu arbeiten, als in einer LPG als Viehzüchterin, so muß ich ganz offen sagen, das ist ein falscher Standpunkt. Die Arbeit als Viehzüchter ist viel interessanter, als an der Schreibmaschine zu arbeiten. Außerdem ist es gesünder. Das ist auch wichtig“ (vgl. „Neues Deutschland“, 31. 5. 63, S. 5).

Die Notwendigkeit, die Wirtschaft der „DDR“ rentabler zu machen, zwingt die Partei- und FDJ-Führung, stärker Begabtenförderung zu pflegen und die fachliche Qualifizierung stark zu propagieren. Da es nicht möglich ist, politische und fachliche Qualifizierung mit gleicher Intensität gleichzeitig zu betreiben, versucht der intelligentere Teil der Jugend aus dieser Zwangslage Nutzen zu ziehen und entzieht sich zunehmend mit mehr Erfolg den politischen und gesellschaftlichen Forderungen der Partei.

Gegen Einsätze und Wehrdienst

Bezeichnend für die geistige Lage der Jugend in Mitteldeutschland ist auch das abnehmende echte politische Interesse und die Abneigung gegen vormilitärische bzw. militärische Ausbildung sowie gegen die Ernteeinsätze. Während der Ernteeinsätze schnell z. B. an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen die Krankenziffer sprunghaft hoch. Die von der SED-Parteileitung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald herausgegebene Betriebszeitung „Unsere Universität“ veröffentlichte am 27. September 1962 folgende Meldung:

„Seitens der Studenten liegen dem Prorektorat für Studienangelegenheiten Atteste der Studenten, die auf eine Befreiung vom Ernteeinsatz hinauslaufen, in folgender Zahl (angegeben in %) aus den einzelnen Fakultäten vor (Stand vom 17. 9. 62):

Medizinische Fakultät	22,4 %
Theologische Fakultät	11,5 %
Mathematisch-Naturw. Fak.	7,7 %
Philosophische Fakultät	7,6 %

Die Zeitung vermutet „politische Krankheitsursachen“ und fordert die Studenten und Ärzte zur Stellungnahme auf. Besonders bemerkenswert an dieser Statistik ist, daß die medizinische Fakultät an der Spitze liegt, obwohl in ihr vornehmlich Militärärzte ausgebildet werden.

Weit verbreitet ist gegenwärtig die Ablehnung des freiwilligen Dienstes in der „Nationalen Volksarmee“. Nur sehr wenige der eingezogenen Wehrpflichtigen sind bereit, länger zu dienen. Die jungen Soldaten sind vor allem über die Überfütterung mit ideologischem Unterricht verärgert. Die Erziehung zum Haß auf die Bundeswehr und die Bundesrepublik gehört für viele Soldaten zu den abstoßendsten Eindrücken ihrer Dienstzeit. Für die Einstellung zahlreicher Musterungskandidaten ist folgender verbürgte Vorfall bezeichnend: Ein vorgeladener junger

Mann reagierte so lange nicht auf den Aufruf seines Namens, bis der Kommissionsleiter die übliche Anrede in der Volksarmee „Genosse“ durch „Herr“ ersetzte. Auf die Frage, welche Waffengattung er wähle, antwortete der Gemusterte, das sei ihm gleichgültig, nur keinen Tag länger als 18 Monate.

Die Masse der Jugendlichen ist wegen ihrer politischen Gleichgültigkeit und Widerspenstigkeit für die Partei eine ständige Belastung und Sorge. Zum Teil mußten in letzter Zeit wiederholt leitende Funktionäre auch fehlendes Interesse für ordentliche Arbeit und eine verbreitete allgemeine Verwahrlosung feststellen, die sich in Alkoholexzessen, Müßiggängerei, Halbstarkeauswüchsen und in Ost-Berlin auch in einer Anbettelei von Ausländern äußerte. Ulbricht bemerkte auf dem VII. Parlament der FDJ:

„Es gibt also gegenwärtig einen Teil der Jugend, der noch nicht daran interessiert ist, etwas Vernünftiges zu lernen, etwas Tüchtiges zu werden. Solche Jugendlichen verhalten sich manchmal gleichgültig zur Arbeit und zum Lernen und zeigen keine Neigung, sich Bildung zu erarbeiten oder auch eine gesellschaftliche Arbeit zu leisten. Es gibt unter Jugendlichen auch unangenehme Erscheinungen, Arbeitsbummelei und schlechte Arbeitsdisziplin, moralische Entgleisungen, Saufereien und rowdyhaftes Verhalten gegenüber Arbeitskollegen, Eltern und anderen Bürgern. Es gibt leider eine nicht einmal geringe Anzahl von Fällen, in denen sich Jugendliche wegen verschiedenster Straftaten vor Gericht verantworten müssen“ (vgl. „Neues Deutschland“, 31. 5. 63, S. 5).

Die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ (SED-Bezirksorgan) schickte mehrere Journalistenstudenten der Leipziger Universität in verschiedene Betriebe und Einrichtungen, um die Frage zu klären „Was liest die Jugend?“ Diese Umfrage erbrachte zum Teil eine beträchtliche Distanzierung von der offiziellen Parteilinie in Sachen Literatur; hier seien nur zwei Antworten wiedergegeben:

„Für Jugendbücher habe ich wenig übrig. Ich lese vor allem Bücher von Stendhal, Zola und Maupassant. Die menschlichen Probleme in diesen Büchern interessieren mich sehr. Gegenwartsliteratur habe ich wenig gelesen. Sie ist mir zu primitiv. Ein Buch muß mir geistig etwas geben.“ (Brigitte Rabe, Handelskaufmann, 20 Jahre) . . . „Ich hole mir alle vierzehn Tage zwei bis drei Bücher aus der Gewerkschaftsbibliothek, meistens Krimis und Reisebeschreibungen. Wenn ich den ganzen Tag an der Drehbank stehe, will ich am Abend nicht auch noch die zum größten Teil langweilige Gegenwartsliteratur lesen. Gut gefallen hat mir allerdings Dieter Nolls „Die Abenteuer des Werner Holt“ (Heinz Burg, Dreher, 23 Jahre) (vgl. „Leipziger Volkszeitung“, 2. 6. 63, S. 4).

Die Zeitschrift „Für Dich“ befragte mehrere Jugendliche nach ihrem Vorbild. Dabei wurden so unterschiedliche Persönlichkeiten genannt wie Walter Ulbricht, Karl Marx, Gerhart Hauptmann, Albert Schweitzer, Elvis Presley und der Radsportler Täve Schur. Manche junge Menschen nannten ihre Eltern oder Vater oder Mutter. Ein 21-jähriger Automateneinrichter wagte bei der Befragung eine Gegenfrage zu stellen: „Muß es einer aus der DDR sein?“ Mutig fügte er gleich hinzu: „Wenn nicht, dann ist Elvis Presley der Richtige. Der ist unser Mann. Er ist so lässig und doch sympathisch. Der macht alles so aus dem Handgelenk, und was er anfaßt, das haut hin.“ Der FDJ-Chef Schumann machte diesem jungen Mann den Vorwurf, er habe nicht gründlich über seine Vorbilder nachgedacht. Er möge doch überlegen, was denn dieser „Radaukönig“ bisher Nützliches für die Gesellschaft geleistet habe (nach „Für Dich“ — Illustrierte Zeitschrift für die Frau, Nr. 39/1963, S. 18/19).

Aus einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ vom 2. 8. 1963

geht hervor, daß die SED sogar mit ihren Studenten an der Moskauer Universität Schwierigkeiten hat und daß sich dort die „Parteiverfahren“ häufen. Obwohl diese Studenten besonders sorgfältig ausgesucht werden und auf politische Zuverlässigkeit größtes Gewicht gelegt wird, gibt es auch unter ihnen eigenwillige Meinungen und selbständiges politisches Denken. In der „DDR“ werden diese Auslandsstudenten in einer Sonderschule vorbereitet. Während des Kurses wird die Sowjetunion diesen SED-Studenten in den rosigen Farben geschildert. In Moskau angekommen, wirkt die russische Wirklichkeit auf die mitteldeutschen Studenten ernüchternd. Sie stellen fest, daß die Partei sie belogen hat. Sie reagieren fortan mit Mißtrauen, sie hören auf, ihrer Partei kritiklos zu folgen. Nur eine kleine Minderheit bleibt der SED innerlich treu. Die meisten anderen werden Opportunisten, die freilich ihre Privatmeinung nur Freunden gegenüber äußern. Die mitteldeutschen Studenten sammeln ferner in der UdSSR einige Erfahrungen, die für die SED-Führung nicht gerade angenehm sind. Sie genießen in der UdSSR in verschiedener Beziehung mehr Freiheit als in der „DDR“. Diese jungen SED-Mitglieder fragen sich auch, warum die Regierungsform der Sowjetunion, die den einzelnen weniger beengt, nicht in der „DDR“ möglich ist. Diese Frage allein schon zeigt, daß sie nicht mehr streng linientreu sind. Sie kehren später nach Abschluß ihres Aufenthaltes in der UdSSR als politisch „angekränkt“ in die „DDR“ zurück.

Elastisches Taktieren der Partei

Für die Haltung der mitteldeutschen Jugend gegenüber dem Kommunismus ist weiterhin bezeichnend, daß bis zur Errichtung der Mauer der Anteil der jugendlichen Flüchtlinge unter 25 Jahren im Durchschnitt 50% betrug. Dies war eine „Abstimmung mit den Füßen“. Heute, nach Errichtung der Mauer, hat sich der Prozentsatz jugendlicher Flüchtlinge noch erhöht. Diese Jugendlichen sind bereit, bei der Flucht in die Freiheit ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Auch unter den flüchtenden Grenzwächtern ist der größte Teil noch jugendlich.

Das VII. Parlament der FDJ war für die Partei auch Anlaß, zu untersuchen, ob und inwieweit die Aufgaben und Zielsetzungen des VI. Parlaments erfüllt worden sind. Hier sei diesbezüglich nur ein Problem herausgegriffen: die zahlenmäßige Stärke der FDJ. Der frühere Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, erklärte in einer Ansprache im RIAS am 13. Juli 1963: „1959 hatte sich das VI. Parlament der FDJ die Aufgabe gestellt, zu einer ‚Zwei-Millionen-Organisation junger Sozialisten‘ zu werden. Damals waren 1,74 Millionen Mitglieder in der FDJ. Bezeichnenderweise verschweigt das Statistische Jahrbuch der Zone für die Jahre 1960 und 1961 den Mitgliederstand. Er hatte sich offensichtlich gesenkt. Nun mußte Horst Schumann, der Erste Sekretär der FDJ, zugeben, daß die FDJ heute nur noch 1,3 Millionen Mitglieder hat. Das ist ein Rückgang um fast 25 v. H. in vier Jahren. Diese Zahlen machen deutlich, wie die junge Generation tatsächlich zum SED-Regime steht“ (zitiert aus: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, 16. 7. 63, S. 1097 f.).

Da die Erfolge in der Jugendarbeit bislang mäßig waren und die Notwendigkeit weiterhin besteht, die Jugend zu besonderen Leistungen im Wirtschaftsprozeß anzuspornen, mußte die FDJ-Führung erneut fordern, daß künftig jeder Jugendliche für den „umfassenden Aufbau des

Sozialismus“ zu überzeugen ist und daß dabei auch verstärkt christliche Jugendliche zu gewinnen und ihnen auch Funktionen zu übertragen sind. In einem Grundsatzartikel im FDJ-Funktionärsorgan „Junge Generation“ (Heft 5, 1963) wird versucht, die Frage zu beantworten: „Kann ein Katholik FDJ-Sekretär sein?“ Dabei wird ein Vorfall in einer Betriebs-Berufsschule im Kreis Hagenow zum Anlaß der Erörterung genommen und gegen sektiererische Enge der dortigen Funktionäre polemisiert. Entgegen den Vorabsprachen wurde unprogrammgemäß der Katholik Hans Peter Sax von den Jugendlichen zum Sekretär der FDJ-Grundorganisation gewählt. Statutenwidrig mischten sich übergeordnete Partei- und FDJ-Funktionäre sowie auch Ausbilder und Erzieher in die abgeschlossene Wahl ein und organisierten durch Fangfragen die Absetzung des Katholiken. Erst durch Eingreifen des Zentralrates wurde der alte Zustand wiederhergestellt.

Es ist bemerkenswert, daß die gleiche FDJ-Führung, die nach dem 13. August 1961 durch Rollkommandos nach dem Westen gerichtete Fernsehantennen absägen ließ, zur Zeit in bestimmtem Umfang Gewaltmethoden und eine Verbotspraxis verurteilt und auf „Milde“ plädiert. In einem Artikel in der „Jungen Generation“ (Nr. 5, 1963) „Denken, Kämpfen, Ändern“ wird geschrieben:

„Allen Jugendlichen eigenes und richtiges Denken anzuerkennen setzt zumindest zweierlei voraus: Vertrauen und Zutrauen. Wer Jugendliche wie politische Säuglinge behandelt, schadet der Gesellschaft mehr, als ihm selber lieb ist. Die Worte ‚selbständig Denken und Handeln‘ im Mund und das Gängelband in der Hand passen nicht zusammen.

Die Fernverkehrsstraße Hamburg-Berlin führt auch am Lehrlingswohnheim des VEG Schwelow im Kreis Hagenow vorbei. Die Lehrlinge dürfen laut Heimordnung diese Straße nicht betreten — Anordnung des Rates des Kreises Hagenow —, da sie mit Fahrern von Westwagen in Verbindung kommen oder Zigaretten annehmen könnten. Treu und brav lassen sich achtzig Lehrlinge, die FDJ-Grundorganisation und die Kreisleitung Hagenow das gefallen.

Kann hier die FDJ nicht eine politische Verantwortung übernehmen und mit jedem Lehrling über die beiden Staaten in Deutschland sprechen, darüber, was sozialistisches Vaterland heißt und wie man es vertritt? Könnten die Lehrlinge nicht selbst dafür sorgen, daß jeder über diese Straße wie über jede andere geht? Mit diesem Mißtrauen kommen die angesprochenen Staatsfunktionäre keinen Schritt in der Jugenderziehung weiter.

In nicht wenigen Wohnheimen wurde verboten, Radios in den Zimmern aufzustellen. Es bestände die Gefahr, daß RIAS oder Radio Luxemburg gehört würde. Meist beruft man sich dann auf ein Beispiel vor drei Jahren, wo es einmal passiert ist. Keine ideologische Verantwortung der FDJ-Gruppe, kein vertrauensvolles politisches Gespräch der Erzieher — nur Verbote und Gängelei in Hochpotenz. Und die FDJ-Leitungen lassen sich alles gefallen, treten nicht gegen solche Erzieher auf, die ‚Ruhe‘ haben wollen, und überzeugen die Jugendlichen nicht, die richtige Welle einzustellen.“

Folgen

Die Gewaltmethoden der kommunistischen Diktatur und die Allgegenwart der Partei haben verhängnisvolle Auswirkungen auf die psychische Entwicklung der Jugend. Durch den Druck in den Schulen, Universitäten, in den Betrieben, in der Jugend- und Sportorganisation, in manchen Elternhäusern sowie durch alle Massenmedien versucht man, die Jugendlichen allseitig im kommunistischen Sinn zu beeinflussen, und die Spannung von Druck und Gegendruck schafft die Voraussetzung für einen Zustand, dessen Endergebnis man vielleicht mit Dissoziation bezeichnen könnte. Die ständig erfahrene Diskrepanz zwischen der Alltagsrealität und dem „offiziellen“ Leben wird hingenommen und nicht mehr aufgearbeitet. Die

Folgen davon sind Unehrlichkeit, Heuchelei und Verstellung. Sie werden den meisten Jugendlichen von Kindheit an anerzogen. Die seelische Deformierung der Jugendlichen, aber auch vieler Erwachsener, hat wiederum zur Folge, daß der ganze Sozialkörper nach und nach vergiftet wird und zerfällt.

Wenn auch als sicher gelten kann, daß die Masse der Jugendlichen in Mitteldeutschland sicher nicht kommunistisch ist und dem Ulbricht-Regime zum Teil ablehnend gegenübersteht, so bedeutet dies nicht, daß die kommunistische Ideologie keinerlei Resonanz bei der Jugend fände. Alle Jugendlichen sind — graduell unterschiedlich — kommunistisch beeinflusst, da es niemand vermag, sich (trotz entgegenwirkender Faktoren wie Elternhaus, Kirche, westliche Sender usw.) der kommunistischen Erziehung durch Schule und Massenmedien zu entziehen. Selbst solche Jugendliche, die dem Kommunismus immer innerlich ablehnend gegenüberstehen werden, bedienen sich zahlreicher kommunistischer Vokabeln mit ihrem begrifflichen Inhalt. Begriffe wie „Friede“, „Freiheit“, „Menschlichkeit“ haben auch für diese jungen Menschen einen Sinn, der von der kommunistischen Ideologie mitgeprägt ist.

Andererseits bedeutet die Ablehnung des Ulbricht-Regimes noch lange nicht eine vorbehaltlose Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik. Zwar zieht ein beträchtlicher Teil der Jugend die Bundesrepublik dem Ulbricht-Regime vor. Doch bleibt eine gewisse Skepsis als Ergebnis jahrelanger Haßpropaganda („Etwas muß doch wahr sein, es kann nicht alles Lüge gewesen sein“).

Den kommunistischen Lehrern und Erziehern gelingt es nicht selten, einen Teil der Jugend im Sinne der Partei zu überzeugen und zu fanatisieren. Doch hält diese Einstellung nicht an, weil sie vom kommunistischen Alltag immer wieder enttäuscht wird.

Eine christliche Lehrerin aus Mitteldeutschland schrieb in einem Brief:

„Wir alle müssen natürlich aufpassen, daß wir nicht Marxisten werden, ohne es zu wollen, ja ohne es vielleicht zu merken. Erschütternd ist, wie die Begeigerungsfähigkeit der Jugend mißbraucht wird wie schon einmal.

Ein Beispiel: Meine Nichte — von meiner Schwester, einer ... , bewußt christlich erzogen — begeistert sich für die schmissigen Arbeiterkampflieder und Hymnen auf die ‚Rote Fahne‘. Sie merkte auch nicht, daß Beethoven-Goethes ‚Ehre Gottes in der Natur‘ umgedichtet wurde. Da rühmen also nicht mehr ‚die Himmel des Ewigen Ehre‘, sondern die Sonne wird gefeiert und der Mensch, der die Natur beherrscht und umgestaltet ... Das Kulturensemble der erweiterten Oberschule ... , dem meine Nichte angehört, ... brachte dies in einem großen Festkonzert ... Dieses Ensemble ... zeigt ein hohes Niveau und ist nicht nur politisch ausgerichtet. Es wurde stets durch großen Beifall ausgezeichnet und wiederholt prämiert. Das weckt natürliche Begeisterung bei den Jugendlichen. Diese

Gefahr! Dann fühle ich mich selbst mitschuldig, daß es bei meiner Nichte so weit kommen konnte und daß man als einzelner nicht aufstehen und dies alles anprangern kann. Aber können Sie drüben als einzelner etwas ausrichten? Können Sie alles sagen, was Sie denken?“

Dieser Brief ist in vieler Hinsicht kennzeichnend. Er zeigt Distanz vom Ulbricht-Regime, aber auch eine vorsichtige Skepsis gegen die Bundesrepublik.

Neue Direktiven

Vor den „Wahlen“ zur Volkskammer in der Sowjetzone sah sich das Politbüro der SED erneut genötigt, den Jugendproblemen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Am 21. September 1963 veröffentlichte das Politbüro der SED im „Neuen Deutschland“ unter der Überschrift „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ ein Jugendkommuniqué. Am 28. September 1963 wurde noch der Entwurf eines neuen Jugendgesetzes im „Neuen Deutschland“ abgedruckt. Mit beiden Veröffentlichungen versucht die SED-Führung — unnachgiebig in allen grundsätzlichen Fragen — in den Methoden der Jugendarbeit beweglicher zu werden und in untergeordneten Fragen des Lebensstils die jungen Menschen weniger zu gängeln. Inhaltlich enthält das Jugendkommuniqué und der Entwurf des Jugendgesetzes nicht viel Neues, wenn man bereits die davorliegenden Beschlüsse der Partei und FDJ kennt. Trotz größerer Freizügigkeit in Fragen des persönlichen Lebens (z. B. Toleranz gegenüber modernen Tänzen) verraten sie in politischen und ideologischen Fragen keine Spur einer Liberalisierung. Es ist hier festzuhalten, daß erstmals die Jugendweihe in einem Gesetz verankert werden soll. Der Druck zur Teilnahme an der Jugendweihe nimmt also wieder zu.

Die SED-Führung wird in der nächsten Zeit verstärkt versuchen, die Masse der Jugendlichen für sich zu gewinnen. Kein politisches Regime — auch keine Diktatur — kann sich auf die Dauer ohne Zustimmung oder zumindest ohne Duldung einer Mehrheit behaupten. Die kommunistischen Machthaber rechnen damit, daß die junge Generation in den nächsten Jahren ihre wichtigste Stütze unter der Bevölkerung sein wird und daß die kommunistische Jugenderziehung vom Kindergarten bis zur Universität nicht ohne Früchte bleibt.

Zwischen Aufwand und Resultat der kommunistischen Jugenderziehung gab es jedoch bisher immer eine große Diskrepanz. Auch gegenwärtig muß die SED-Führung sich eingestehen, wie schon 1961 in ihrem Politbüro-Beschluß, daß es ihr noch nicht gelungen ist, das Herz der mitteleutschen Jugend zu gewinnen. Für die SED- und FDJ-Führung ist es außerordentlich schwer, die genannten Mängel zu beheben.

Aus der Ökumene

Die Weltmissionskonferenz in Mexiko City 1963

Fast unbeachtet, weil an diesem Tage der feierliche Abschluß der Zweiten Session des Vatikanischen Konzils alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, erschien im „Osservatore Romano“ (4. 12. 63) neben dem Apostolischen Brief *Pastorale munus* über die Vollmachten der Bischöfe ein großes Interview des Kardinals Augustin Bea mit einem Schriftleiter der Zeitung über „Die Ökumenische

Bewegung und die Mission“. Für italienische Leser neu, wurde hier gegeben, was im Schema *De Oecumenismo* von vielen vermißt wurde, eine Erklärung des 1948 gegründeten Weltrates der Kirchen aus dem neuen Verantwortungsbewußtsein der protestantischen Missionare für das Evangelium, eine Wendung, die schon 1910 in der Gründung des Internationalen Missionsrates in Edinburgh Gestalt gewonnen hatte, des Schrittmachers der Ökumenischen Bewegung und Partners bei der Bildung des Weltrates der Kirchen. In dem gleichen Interview bejahte Kardinal Bea